



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Keine Wiedereinführung von Pflichtdiensten - Nachhaltige Verbesserung der Personalsituation zur Gewährleistung gesellschaftlich notwendiger Arbeit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat auf folgende Entwicklungen hinzuwirken:

1. Die Wiedereinführung von militärischen und/oder zivilen Pflichtdiensten ist abzulehnen, um einer selbstbestimmten Berufs- und Lebensplanung junger Menschen nicht entgegenzuwirken.
2. Für gesellschaftlich notwendige Arbeit, insbesondere in sozialen Einrichtungen sind bessere Arbeits- und Vergütungsbedingungen zu schaffen und durchzusetzen.
3. Die Angebote freiwilliger und gemeinwohlorientierter Arbeit für Menschen aller Altersgruppen, die im Bereich von sozialen Organisationen, internationaler Zusammenarbeit, kultureller und Umweltarbeit jenseits von Ausbildung und Erwerbsarbeit tätig werden wollen, sind attraktiver zu gestalten und auszuweiten.

Begründung

Personelle Engpässe sowohl bei der Bundeswehr als auch bei Organisationen und Einrichtungen in sozialen, kulturellen und anderen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich nicht mit Zwangsdiensten schließen. Vielmehr müssen die strukturellen Ursachen für die personellen Defizite analysiert und beseitigt werden.

Insbesondere hat der Umbau der Bundeswehr zu einer international agierenden Interventionsarmee deren Akzeptanz als Arbeitgeber deutlich verschlechtert. Diese Entwicklung, die politisch kontrovers diskutiert wird, über eine Wehrpflicht personell

(Ausgegeben am 17.08.2018)

abzusichern, widerspricht den Interessen der gesamten Gesellschaft und der davon persönlich Betroffenen.

Der Rückbau staatlicher Verantwortung, die Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen und die verbreitete Privatisierung der sozialen Infrastruktur haben zusammen mit der anhaltend geringen Geburtenrate erhebliche Defizite im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entstehen lassen. Dies führt einerseits zu prekären Situationen, z. B. von Pflegebedürftigen, und andererseits zu schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen. Personalmangel kann hier nur mit guter Ausbildung, guten Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit für die Betroffenen, nicht aber durch die Einführung von Zwangsdiensten beseitigt werden.

Für Menschen, die jenseits ihrer Ausbildung und beruflichen Entwicklung zusätzlich gesellschaftlich tätig werden wollen, müssen freiwillige Angebote stärker staatlich unterstützt und finanziell besser abgesichert werden. Dazu zählt auch die bessere gesellschaftliche Wertschätzung solcher Tätigkeiten, wie z. B. bei der Betreuung geflüchteter Menschen in unserem Land.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender